

Inventarnummer

9705

Allgemeines

Reichs-Gesetz- und Regierungsblatt.

für das

Kaiserthum Oesterreich.

Jahrgang 1850.

BIBLIOTHEK
der
Post- und Telegraphenverwaltung

Zweite Jahreshälfte,

umfassend

die in den Monaten Juli bis einschließlich December 1850 ausgegebenen Stücke
LXXXIII—CLXV (Nummern 253—497).



Wien, 1850.

Aus der kaiserlich-königlichen Hof- und Staatsdruckerei.

Allgemeines

Reichs-Gesetz- und Regierungsblatt

für das

Kaiserthum Oesterreich.

CXXVII. Stüd.

Ausgegeben und versendet am 30. September 1850.

361.

Staatsvertrag zwischen Oesterreich, Preußen, Baiern und Sachsen vom 25. Juli 1850,

über die Bildung des deutsch-österreichischen Telegraphenvereines.

Die hohen Regierungen von Oesterreich, Preußen, Baiern und Sachsen, in der Absicht, dem öffentlichen wie dem Privatverkehre Ihrer respectiven Staaten die Vortheile eines nach gleichmäßigen Grundsätzen geregelten Telegraphensystemes zuzuführen, haben die Errichtung eines deutsch-österreichischen Telegraphenvereines beschlossen und Behufs der hierüber zu pflegenden Verhandlungen zu Commissarien ernannt, und zwar:

die k. k. österreichische Regierung:

den k. k. Sectionsrath Dr. Carl Steinheil,
den k. k. Postcommissär Hermann Richter;

die k. preussische Regierung:

den k. Regierungs- und Baurath Friedrich Wilh. Nottebohm,
den k. commissarischen Postinspector Wilhelm Wiebe;

die k. bayerische Regierung:

den k. Ministerialrath Ludwig Freiherrn von Brück,
den k. Regierungsrath Carl Dyck; und

die k. sächsische Regierung:

den geheimen Rath Carl Wolf von Ehrenstein, und
den k. Telegraphendirector Maximilian Maria Freiherrn v. Weber,

welche Commissarien unter Vorbehalt der Ratification über nachstehende Puncte übereingekommen sind:

Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

Umfang des Vereines.

Als zum Bereiche des deutsch-österreichischen Telegraphenvereines gehörig werden nicht allein die in den Gebieten der vorgenannten hohen Regierungen gelegenen, sondern auch diejenigen Telegraphenlinien und Stationen angesehen, welche die eine oder andere der Vereinsregierungen in fremden Staaten unterhält oder noch anlegen sollte. Letztere Linien und Stationen jedoch nur in soweit, als die mit den betreffenden fremden Regierungen bestehenden oder noch abzuschließenden Verträge die Ausdehnung der Vereinsbestimmungen auf jene zulassen.

Ueber die bestehenden Linien und Stationen, sowie über die verschiedenen Entfernungen in geographischen Meilen werden sich die contrahirenden hohen Regierungen gegenseitig Mittheilung machen. Gleichartige Benachrichtigungen werden erfolgen, sobald neue Linien oder neue Stationen in Betrieb gesetzt werden sollen.

Artikel 2.

Beschränkung auf internationale Correspondenz.

Den Vereinsbestimmungen ist zunächst nur die internationale, d. h. diejenige telegraphische Correspondenz unterworfen, bei welcher die Ursprungs- und die Endstation verschiedenen Vereinsverwaltungen angehören. In wie weit auch die innere Correspondenz in den betreffenden Staaten nach gleichen Grundsätzen zu behandeln ist, bleibt jeder Regierung überlassen. Die von fremden Stationen ausgehende oder dahin gerichtete telegraphische Correspondenz ist, falls sie die Linien mehrerer Vereinsregierungen berührt, rücksichtlich der Beförderung im Bereiche des Vereines so zu behandeln, als wäre sie bei der Eingangsstation aufgegeben, oder nach der Ausgangsstation bestimmt.

Beim Abschlusse neuer Verträge einzelner Vereinsregierungen mit fremden Regierungen sollen diesen gegenüber die Bestimmungen des Vereines zur Geltung gebracht werden.

Artikel 3.

Vorbehalt wegen der Leitungen und Apparate.

Jeder Regierung bleibt die Wahl beliebiger Systeme von Leitungen und Apparaten für ihre Telegraphenlinien vorbehalten, und wird demgemäß in der Regel an demjenigen Punkte, wo die Telegraphenlinien zweier Vereinsregierungen zusammentreffen, ein Umtelegraphiren jeder von einer Linie auf die andere übergehenden Depesche stattfinden. Den hiebei betheiligten Regierungen ist jedoch unbenommen, sich über das Durchtelegraphiren derartiger Depeschen zwischen gewissen beiderseitigen Stationen zu verständigen.

Ueber die Einrichtung der bestehenden Linien und Apparate werden die contrahirenden hohen Regierungen sich gegenseitig Mittheilung machen. Dasselbe wird bei Einrichtung neuer Linien geschehen.

Artikel 4.

Zusicherung gegenseitiger Beförderung.

Die contrahirenden hohen Regierungen übernehmen gegenseitig die Verpflichtung, die von ihren Stationen zur Beförderung angenommenen Depeschen mit Ausnahme der im Artikel 19 vorgesehenen Fälle mit möglichster Schnelligkeit und Zuverlässigkeit weiter geben zu lassen, ohne

jedoch für die richtige Ueberkunft jener Depeschen überhaupt oder deren Ueberkunft in einer gewissen Zeit irgend eine Gewähr zu leisten. Auch verbleibt jeder Regierung die Befugniß, nach Gutbefinden einzelne Linien für alle oder für gewisse Arten der Correspondenz zeitweise außer Betrieb zu setzen. Sobald ein solcher Fall eintritt, werden die übrigen Vereinsregierungen hiervon sofort in Kenntniß gesetzt werden.

Artikel 5.

Bewahrung des Telegraphengeheimnisses.

Die contrahirenden hohen Regierungen werden Sorge tragen, daß die Mittheilung von Depeschen an Unbefugte verhindert, und daß das Telegraphengeheimniß überhaupt in jeder Beziehung auf das Strengste gewahrt und das gesammte Telegraphenpersonal darauf vereidigt werde.

Fremden Personen ist der Zutritt zu den Apparatzimmern der Telegraphenstationen während des Telegraphirens nicht zu gestatten.

Zweiter Abschnitt.

Annahme der Depeschen.

Artikel 6.

Berechtigung zur Benützung des Telegraphen.

Die Benützung der Telegraphen der Vereinsregierungen steht Jedermann ohne Ausnahme zu. Die Aufgabe von Depeschen Behufs der Telegraphirung kann nur bei den Telegraphenstationen erfolgen.

Artikel 7.

Telegraphirung nach Stations- und anderen Orten.

Die Telegraphenstationen der Vereinsregierungen sind zur Annahme telegraphischer Depeschen nach jeder anderen Vereinsstation befugt. Auch kann die Annahme telegraphischer Depeschen zur Beförderung über die Endpunkte der Telegraphenlinie hinaus oder nach seitwärts derselben gelegenen Orten stattfinden, in welchem Falle die Weiterbeförderung von der letzten Telegraphenstation nach Bestimmung des Absenders entweder durch die Post in recommandirten Briefen oder mittelst Etsafetten, oder bei geringen Entfernungen mittelst Boten erfolgt.

Artikel 8.

Beschränkung einzelner Stationen.

In wie weit einzelne Telegraphenstationen zur Beförderung gewisser Arten von Correspondenzen nicht befugt sind, werden sich die Vereinsregierungen gegenseitig mittheilen.

Artikel 9.

Dienststunden der Stationen.

Die Telegraphenbureaus sind täglich, mit Einschluß der Sonn- und Festtage:

- a) vom 1. April bis Ende September jeden Jahres von 7 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends, und
- b) vom 1. October bis Ende März jeden Jahres von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends für den Dienstbetrieb offen zu halten.

Depeschen, welche außerhalb jener Stunden abgesendet werden sollen, müssen von neun Uhr Abends unter Erlegung des Minimalbetrages für die nächtliche Beförderung auf der betreffenden

Strecke angemeldet werden, in welchem Falle die betheiligte Station den übrigen Stationen von dem zu erwartenden späteren Eingange der Depesche sogleich Nachricht zu geben hat.

In jedem anderen Falle werden Vorausbestellungen nicht berücksichtigt.

Artikel 10.

Ausgleichung der Zeitdifferenzen.

Um Unregelmäßigkeiten vorzubeugen, welche aus den Abweichungen der mittleren Zeiten an den verschiedenen Stationsorten entstehen können, werden die Uhren aller Telegraphenstationen einer und derselben Regierung nach der mittleren Zeit der Hauptstadt des betreffenden Staates gerichtet werden.

In wie weit bei westlich gelegenen Stationen für die nach dem Osten zu befördernden Depeschen die Aufgabe der letzteren vor Schluß der Dienststunden eintreten muß, wird durch die betreffenden Telegraphenbureaus bekannt gemacht werden.

Artikel 11.

Formelle Erfordernisse der Depeschen.

Eine jede zu befördernde Depesche muß im Texte ohne Wortabkürzungen und deutlich geschrieben seyn, auch die genügende Adresse sowohl des Absenders als des Empfängers enthalten.

Zum Niederschreiben der aufzugebenden Depeschen darf Seitens der Absender nur ein unverwundbares Schreibmaterial verwendet werden. Auch dürfen in den Depeschen Rasuren nicht vorkommen.

Bei denjenigen Depeschen, welche durch andere Mittel weiter befördert werden sollen (Artikel 7), hat der Absender die Art der gewünschten Weiterbeförderung schriftlich anzugeben.

Artikel 12.

Länge der Depeschen.

Bis auf weitere Verabredung darf jede telegraphische Depesche nicht aus mehr als 100 Worten bestehen. Die Beförderung mehrerer Depeschen eines und desselben Absenders hinter einander ist nur in dem Falle zulässig, daß die Apparate der Linie nicht anderweit in Anspruch genommen werden.

Artikel 13.

Verzögerung der Absendung.

Sollte die Beförderung einer Depesche aus irgend einem Grunde nicht sogleich bei ihrer Auslieferung stattfinden können, so ist der Aufgeber hievon in Kenntniß zu setzen und die Depesche nur dann anzunehmen, wenn der Erstere die Absendung beinnoch ausdrücklich verlangt.

Artikel 14.

Aufbewahrung der Originalien.

Die Original-Concepte der aufgegebenen Depeschen, sowie die telegraphischen Niederschriften sämtlicher Depeschen sind mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren.

Artikel 15.

Classification der Depeschen.

Abgesehen von den vorstehenden bei sämtlichen Depeschen Anwendung findenden Bestimmungen sind in Bezug auf die Behandlung zu unterscheiden:

- a) Staatsdepeschen der dem Vereine angehörigen, sowie der vertragsmäßig berechtigten Regierungen,

b) Eisenbahndepeschen,

c) Privatdepeschen.

Ein Unterschied zwischen Eisenbahndepeschen und Privatdepeschen findet jedoch nur in soweit Statt, als solches in dem einen oder dem andern Staate entweder durch allgemeine Vorschriften, oder durch besondere Vertragsbestimmungen festgesetzt worden ist.

Artikel 16.

Staatsdepeschen.

Welche Depeschen jede einzelne der Vereinstregierungen als ihre Staatsdepeschen betrachtet zu sehen wünscht, hängt von ihrem Ermessen ab.

Artikel 17.

Die Staatsdepeschen können nach der Wahl der Absender in deutscher oder in einer solchen fremden Sprache abgefaßt werden, deren Buchstabenzeichen sich durch die vorhandenen Telegraphen-Apparate wiedergeben lassen. Auch ist bei jenen Depeschen die Anwendung von Chiffren, jedoch nur von solchen zulässig, welche in Buchstabenzeichen oder Ziffern bestehen.

Bei allen andern Depeschen ist vorläufig die Fassung in deutscher Sprache, ohne Anwendung von Chiffrenschrift, Bedingung. Sollte sich später ein Bedürfnis herausstellen, entweder allgemein oder nur für bestimmte Routen auch andere Sprachen zur Anwendung für telegraphische Privatdepeschen zuzulassen, so werden die theilhaftigen hohen Regierungen sich hierüber verständigen.

Artikel 18.

Untersiegelung der Staatsdepeschen.

Zur Verhütung etwaigen Mißbrauches sollen die Staatsdepeschen jederzeit mit dem Siegel des Absenders, oder beziehentlich der absendenden Behörde versehen seyn.

Artikel 19.

Materielle Erfordernisse der Privatdepeschen.

Eine Controle über die Zulässigkeit der Beförderung von Staatsdepeschen mit Rücksicht auf ihren Inhalt steht den Telegraphenbureaus nicht zu. Dagegen sind dieselben verpflichtet, solche Privatdepeschen von der Annahme oder Weiterbeförderung auszuschließen, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt, oder aus Rücksichten des öffentlichen Wohles und der Sittlichkeit zur Mittheilung für nicht geeignet erachtet wird.

Die Entschließung liegt in solchen Fällen dem Vorsteher der Telegraphenstation oder dessen Stellvertreter ob. An welche Behörde die gegen derartige Entscheidungen etwa zu erhebenden Beschwerden zu richten sind, wird von den betreffenden Regierungen bestimmt werden.

Dritter Abschnitt.

Beförderung der Depeschen.

Artikel 20.

Reihenfolge der Beförderung.

Die Beförderung der telegraphischen Depeschen von jeder Station aus geschieht der Regel nach in der Reihenfolge, in welcher sie entweder bei der Station abgeliefert werden oder mittelst des Telegraphen zu derselben gelangen; den Vorrang hiebei haben jedoch jederzeit die Staatsdepeschen und unter diesen wiederum diejenigen, welche von den betreffenden Staatsoberhäuptern,

Ministerien oder Gesandtschaften abgesandt werden, ohne daß aber (mit Ausnahme von Fällen, in denen Gefahr am Verzuge ist) durch das Dazwischentreten solcher Depeschen die bereits begonnene Telegraphirung anderer Depeschen unterbrochen werden darf.

Ferner gehören den Eisenbahndepeschen, falls sie nach Art. 15 von Privatdepeschen zu unterscheiden sind, ebenfalls der Vorrang vor letzteren.

Unter Staatsdepeschen derselben Gattung gehen die als dringlich bezeichneten denjenigen vor, welche eine solche Bezeichnung nicht haben.

Artikel 21.

Richtungswechsel.

Das im vorstehenden Artikel erwähnte Rangverhältniß der Depeschengattungen ändert sich beim gleichzeitigen Vorhandensein mehrerer Depeschen an verschiedenen Stationen einer und derselben Linie in der Weise Anwendung, daß ein Richtungswechsel zunächst von jenem Rangverhältnisse abhängig ist.

Depeschen gleicher Kategorie, welche auf derselben Linie zur Abfindung in entgegengesetzte Richtungen vorhanden sind, sollen in der Beförderung alterniren.

Artikel 22.

Unterbrechung der Verbindung.

Wird die Telegraphenverbindung nach erfolgter Annahme einer Depesche unterbrochen, so ist diejenige Station, von welcher ab die Weiterbeförderung auf telegraphischem Wege unthunlich ist, verpflichtet, die Depesche sofort in einem recommandirten Briefe an die nächste Station, welche zur Weiterbeförderung im Stande ist, eventuell an die Endstation oder direct an den Adressaten als portofreie Dienstsache zur Post zu geben.

Nach erfolgter Wiederherstellung der telegraphischen Verbindung ist die Depesche noch nachträglich durch den Telegraphen weiter zu senden.

Artikel 23.

Collationirung.

Jedem Absender einer Depesche steht das Recht zu, dieselbe collationiren, d. i. sich von der Adressirung zurüctelexographiren zu lassen. (Artikel 29.)

Artikel 24.

Abiegung und Vervielfältigung.

Jede zur Beförderung bestimmte Depesche kann auf Verlangen des Absenders an mehrere Adressaten gerichtet und in Folge dessen sowohl auf Zwischenstationen abgesetzt, als auch bei diesen oder bei der letzten Station vervielfältigt werden. (Artikel 30 und 31.)

Artikel 25.

Begehung.

Jede Depesche wird nach ihrer Ankunft auf der letzten Telegraphenstation oder auf solchen Zwischenstationen, wo dieselbe abgesetzt worden ist (Artikel 24), nach erfolgter Umschrift sogleich unter dem Amtssiegel der Telegraphenstation an den oder die Adressaten abgesandt, und zwar insofern der Adressat am Stationsorte selbst wohnt, durch einen verpflichteten Boten der Telegraphenverwaltung, im andern Falle aber nach Maßgabe der vom Absender deshalb getroffenen Bestimmung. (Artikel 7.)

Vierter Abschnitt.**Beförderungsgebühren.****Artikel 26.****Tarife.**

Für die Beförderung der telegraphischen Depeschen, soweit solche nicht unentgeltlich geschieht, wird eine vorläufig nach der Gesamtlänge der zu durchlaufenden Telegraphenlinien der Vereinsregierung und nach der Zahl der Worte bemessene Gebühr erhoben, welcher nur in dem Falle, daß die Depesche von einer Telegraphenstation durch Post oder expressen Boten nach einem anderen Orte weiter zu befördern ist, eine Transportvergütung hinzutritt.

Die Gebühr beträgt für eine Depesche auf eine Entfernung bis einschließlich 10 Meilen für 20 Worte 1 fl. C. M. oder 1 fl. 12 kr. Rhein. oder 20 Sgr. Diese Gebühr steigt jedesmal um denselben Betrag für weitere 15, 20, 25, 30, 35, 40 u. s. w. Meilen. Wenn die Depesche über 20 bis einschließlich 50 Worte enthält, so wird das Doppelte, und wenn solche über 50 bis einschließlich 100 Worte enthält, das Dreifache erhoben. Der nach Maßgabe des Obigen aufgestellte Tarif für die Telegraphengebühr ist folgender:

Für eine Depesche														
auf Meilen	betragen die Gebühren für Worte													
	bis 20 einschließlich					von 21 bis 50 einschließlich					von 51 bis 100 einschließlich			
	C. M.		Rheinisch		Mähr.	Sgr.	C. M.		Rheinisch		Mähr.	Sgr.	C. M.	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
bis einschl. 10 Meilen	1	1	12	.	20	.	2	2	24	1	10	.	3	3
über 10 b. einschl. 25 M.	2	2	24	1	10	.	4	4	48	2	20	.	6	7
" 25 " " 45 "	3	3	36	2	.	.	6	7	12	4	.	.	9	10
" 45 " " 70 "	4	4	48	2	20	.	8	9	36	5	10	.	12	14
" 70 " " 100 "	5	6	.	3	10	.	10	12	.	6	20	.	15	18
u. s. w.														

Artikel 27.**Specielle Tarbestimmungen.**

Bei Ermittlung der Gebühren nach der Wortzahl sind folgende Grundsätze zu beobachten:

1. Zusammengesetzte Worte, welche mit Bindestrichen verbunden zu werden pflegen, sind in der Regel als Ein Wort zu rechnen, als Maximal-Gränze eines Wortes werden jedoch 7 Silben angenommen, so daß der Ueberschuß von 7 zu 7 Silben wiederum als ein Wort gerechnet wird.

2. Interpunctionszeichen im Texte werden nicht mitgerechnet, dagegen können alle durch den Telegraphen nicht wiederzugebende Zeichen, welche daher durch Worte dargestellt werden müssen, nur als solche berechnet werden.

3. Einzelne Buchstaben oder Zahlen, letztere bis zu fünf Ziffern, werden ebenfalls als Ein Wort gerechnet. Bei Zahlen von mehr Zifferstellen sind je 5 Ziffern und ebenso der etwaige

Ueberschuß als Ein Wort anzunehmen, wobei Striche, Commata und andere darstellbare Zeichen als Ziffern mitzuzählen sind.

4. Bei chiffrirten Depeschen sind je 5 Zeichen, sowie der etwaige Ueberschuß als Ein Wort anzusehen.

5. Adresse und Unterschrift werden bei Auszählung der Worte mitgerechnet; dagegen sind

6. die etwaigen Notizen, in welcher Weise die Depesche von der letzten Telegraphenstation weiter befördert werden soll, ferner sämtliche Zeichen und Worte, welche die Telegraphenverwaltung selbst der Depesche zum Zwecke des Dienstes hinzufügt, nicht mitzuzählen.

Artikel 28.

Gebührenfreiheit.

Im internationalen Verkehre werden in der Regel nur die Depeschen des Telegraphendienstes gegenseitig frei befördert. Alle übrigen Staatsdepeschen dagegen unterliegen der tarifmäßigen Gebührenberechnung von der Aufgabe- bis zur Abreßstation, unbeschadet der etwaigen anderweiten Verfügung einzelner Vereinsregierungen, soweit es deren Gebührenantheil betrifft.

Artikel 29.

Collationirungs-Gebühr.

Für das Collationiren einer Depesche (Artikel 23) ist die Hälfte der Telegraphengebühr für den Hinweg zu entrichten.

Artikel 30.

Tarirung abzusender Depeschen.

Depeschen, welche an Zwischenorten abgesetzt werden sollen (Artikel 24), sind in der Art zu tariren, daß die Gesamtgebühr sich aus den einzelnen Beträgen der für die Beförderung vom Abgangsorte bis zum nächsten Absetzungspuncte und sofort von einem zum anderen Absetzungspuncte, resp. bis zum Bestimmungsorte, entfallenden Gebühren zusammensetzt.

Artikel 31.

Vervielfältigungsgebühr.

Bei Depeschen, welche an einer Station zu vervielfältigen sind (Artikel 24), ist für die Ausfertigung des zweiten und jedes folgenden Exemplares eine Gebühr von 20 fr. C. M., 24 fr. Rhein. oder 7 Sgr. oder 12gr. zu erlegen.

Artikel 32.

Gebühren für Nachtdepeschen.

Für Nachtdepeschen (Artikel 9) sind sämtliche Telegraphirungsgebühren mit dem doppelten Betrage zu entrichten.

Artikel 33.

Vergütung für den Weitertransport.

Die Vergütung für den Transport der von einer Telegraphenstation nach einem anderen Orte weiter zu sendenden Depesche ist vom Absender mit dem durch jenen Transport wirklich entstehenden Betrage zu zahlen. Kann die Höhe dieses Betrages im Voraus nicht bestimmt übersehen werden, so ist von dem Aufgeber eine den ersteren jedenfalls bedeckende Summe (vide unten) zu deponiren, von welcher der Ueberschuß binnen 3 Tagen zurückgefordert werden kann.

Die Telegraphenstation, bei welcher die Depesche den Telegraphen verläßt und welche die fraglichen Kosten sonach auslegt, hat daher der Abgangstation die Höhe des Betrages möglichst

schnell auf telegraphischem Wege mitzutheilen. Ist die Auslage jener Kosten in anderer Währung geschehen, als solche vom Absender der Depesche nach der üblichen Landesmünze zu zahlen sind, so ist die Reduction nach dem Verhältnisse von 20 fl. C. M. = 24 1/2 fl. Rhein. = 14 Rth. preuß. zu bewirken. Das erwähnte Depositum soll bei jeder Depesche mindestens betragen:

- a) für Beförderung mittelst ordinärer Post oder expressen Boten 1 1/4 fl. C. M. oder 1 1/2 fl. Rhein., oder 5/6 Rth.;
- b) für Etsaffettenbeförderung ebensoviel für je Eine Meile.

Artikel 34.

Vorauszahlungen.

Sämmtliche Gebühren sind zwar in der Regel bei Aufgabe der Depesche im Voraus zu zahlen. Es bleibt jedoch dem Ermessen der einzelnen Vereinsregierungen überlassen, in wie weit bei gewissen Arten von Depeschen ein Creditiren der Gebühren nachgegeben werden darf. Ueber die Zahlung der Gebühren ist eine Quittung zu erteilen.

Artikel 35.

Rückerstattung der Gebühren.

Wird eine zur Absendung angenommene Privatdepesche von einer weiterhin belegenen Station derselben Regierung auf Grund des Artikel 19 a lin. I. dieses Vertrages zurückgewiesen, so steht dem Absender ein Anspruch auf Rückerstattung der gesamten erlegten Gebühren zu. Erfolgt die Zurückweisung hingegen bei einer Station einer anderen Vereinsregierung, so hat der Absender nur den Betrag für diejenige Strecke zurück zu erhalten, auf welcher die Beförderung noch nicht stattgefunden hat.

Im Uebrigen findet eine Rückerstattung der Gebühren für telegraphische Depeschen in der Regel nur dann Statt, wenn solche am Bestimmungsorte in einer Weise verstümmelt angekommen sind, daß dieselben ihren Zweck nicht erfüllen können, eine rechtzeitige Berichtigung aber nicht zu ermöglichen gewesen ist. In diesem Falle ist diejenige Verwaltung zur Zahlung des zurück zu erstattenden Betrages verpflichtet, deren Beamten die Verstümmelung verschuldeten oder auf deren Linie die Letztere stattgefunden hat.

Fünfter Abschnitt.

Abrechnung unter den Telegraphenverwaltungen des Vereines.

Artikel 36.

Theilung der Gebühren.

Die tarifmäßige Beförderungsgebühr wird bei jeder Depesche zwischen denjenigen Vereinsregierungen, deren Telegraphen bei der Beförderung theilhaftig gewesen sind, bis auf weitere Verabredung in dem Verhältnisse der Beförderungsstrecken gegen einander getheilt. Die Theilung geschieht nur nach ganzen Meilen, wobei Entfernungen unter 1/2 Meile fortbleiben, von und über 1/2 Meile als eine volle Meile gerechnet werden. Ergeben sich bei den Resultaten Bruchgrößen, so werden Beträge unter 1/2 Groschen fortgelassen, Beträge von und über 1/2 Groschen als volle Groschen angenommen.

Bei Depeschen, die unterwegs abgesetzt werden, erfolgt die Theilung des Gesamtbetrages der Gebühren nach demselben Grundsätze.

Artikel 37.

Vervielfältigungsgebühr.

Die für Vervielfältigung von Depeschen erhobene Gebühr ist derjenigen Regierung ungetheilt zu vergüten, auf deren Stationen die Vervielfältigung stattgefunden hatte.

Artikel 38.

Vergütung für den Weitertransport.

Ebenso sind die vorausbezahlten Vergütungen für den Transport von der Telegraphenlinie ab nach den Bestimmungsorten derjenigen Verwaltung ungetheilt zu erstatten, welche solche ausgelegt hat.

Artikel 39.

Abrechnungswaise.

Die gegenseitige Abrechnung zwischen den Vereinsregierungen soll vierteljährig nach Maßgabe der Kalender-Quartale durch die Centralstellen der Telegraphenverwaltungen dergestalt erfolgen, daß jede Verwaltung Zahlung und Forderung einer jeden anderen Verwaltung an Telegraphen- und Vervielfältigungsgebühren in derjenigen Währung, in welcher die Erhebung stattgefunden hat; Zahlung und Forderung an Auslagen hingegen in derjenigen Währung aufstellt, in der letztere bestritten worden sind, daß hierauf die Abrechnungen gegenseitig zur Controle mitgetheilt werden, und daß alsdann die Differenz zwischen Zahlung und Forderung bar ausgeglichen wird. Um den Differenzbetrag zu bestimmen, wird bei Reduction einer Währung in die andere das Verhältniß von 1 fl. C. M. gleich 1 fl. 12 kr. Rhein., gleich 20 Silber- oder Neugroschen, Anwendung finden.

Der Restbetrag ist stets in der eigenen Landesmünze zu zahlen.

Sechster Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

Artikel 40.

Weitere Ausbildung des Vereines.

Zur weiteren Ausbildung des Vereines sowohl in technischer als administrativer Beziehung, zur Einführung allgemeiner Verbesserungen, Gleichheit der Gesetzgebung und der Reglemente wird der zeitweise Zusammentritt einer deutschen Telegraphenconferenz vorbehalten.

Artikel 41.

Beitritt anderer Regierungen.

Jeder der nicht zum Vereine gehörigen deutschen Regierungen steht bei Errichtung von Telegraphenlinien der Beitritt zum deutsch-österreichischen Telegraphenvereine offen.

Artikel 42.

Dauer des Vertrages.

Gegenwärtiger Vertrag tritt mit dem 1. October 1850 in Wirksamkeit und bleibt für die Dauer von fünf Jahren in Kraft. Das Erlöschen desselben bedingt jedoch eine vorherige Ein-

jährige Kündigung. Erfolgt diese nicht, so wird der Vertrag stillschweigend als für unbestimmte Zeit gegen Einjährige Kündigung verlängert angesehen.

Artikel 43.

Ratification.

Die Ratification dieses in vier gleichlautenden Exemplaren ausgefertigten und vollzogenen Vertrages soll binnen vier Wochen erfolgen.

So geschehen Dresden am 25. Juli 1850.

Gezeichnet: Carl Steinheil m. p., Friedrich Wilhelm Nottebohm m. p., Ludwig Freih. v. Brück m. p., Carl Wolf v. Ehrenstein m. p., Hermann Richter m. p., Wilhelm Wiebe m. p., Carl Dyck m. p., Marg. Maria Freiherr v. Weber m. p.

Erläuterungen und Zusätze zu vorstehendem Vertrage.

Nachdem die unterzeichneten Commissarien der hohen Regierungen von Oesterreich, Preußen, Baiern und Sachsen am 16. d. M. zusammengetreten sind, um die zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens in Bezug auf Behandlung und Tarirung telegraphischer Depeschen zwischen den verschiedenen Staatsgebieten zweckmäßig erscheinenden gemeinsamen Maßregeln zu beraten, haben dieselben sich in wiederholten Conferenzen über die Bedingungen eines zwischen den genannten hohen Regierungen Betreffs der Bildung eines deutsch-österreichischen Telegraphenvereines abzuschließenden Staatsvertrages verständigt, und letzteren heute in vierfacher Ausfertigung unterzeichnet.

Unter Bezugnahme auf den Inhalt jenes Vertrages sehen die unterzeichneten Commissarien sich noch zu folgenden Bemerkungen veranlaßt.

Zu Artikel 3.

Man war zwar einstimmig der Ansicht, daß das Durchtelegraphiren von Depeschen über den Punct hinaus, wo die Linien zweier verschiedener Verwaltungen zusammenstoßen, in vielen Fällen von wesentlichem Nutzen seyn könne, nahm jedoch mit Rücksicht auf die bestehenden technischen Einrichtungen Anstand, dieses Durchtelegraphiren für jetzt als Regel hinzustellen.

Zu Artikel 14.

Die Commissarien kamen überein, daß die contrahirenden hohen Regierungen die Verpflichtung zu übernehmen haben, bei entstandenen Unregelmäßigkeiten in der Beförderung der Depeschen sich letztere gegenseitig in der Urschrift oder in beglaubigten Abschriften mitzutheilen.

Es erschien ferner zweckmäßig, daß die Endstation einer Depesche, sowie jede Station, wo ein Uebergang derselben von den Linien der einen Verwaltung auf die Linie einer anderen Verwaltung stattfindet, gehalten sei, die Depeschen in ein Journal einzutragen und dieses mindestens zwei Jahre aufzubewahren.

Für den Fall, daß Nachforschungen nach begangenen Fehlern in der Depeschenbeförderung es erforderlich machen sollten, daß eine oder die andere der contrahirenden hohen Regierungen genau erfahre, wie eine Depesche in das Journal einer Station einer anderen der Vereinsregierungen eingetragen worden sei, wurde die Mittheilung beglaubigter Extracte aus dem Journale zugesagt.

Endlich wurde verabrebet, daß bei Führung der Journale auf den Uebergangsstationen in Stelle der gewöhnlichen Buchstabenschrift auch solche dauernde und deutliche Bezeichnungen anderer Art zulässig seyn sollen, welche als Vertreter für gewöhnliche Buchstaben, Ziffern und Worte dienen, daß aber an den Endstationen der Depeschen bei Führung der Journale stets die gewöhnliche Buchstabenschrift anzuwenden sei.

Zu Artikel 17.

Um vermehrte Sicherheit bei Telegraphirung chiffirter Depeschen herbeizuführen, stellte man als Gegenstand der Instruction für sämtliche Telegraphenstationen der Vereinsregierungen den Grundsatz fest, daß nach Abtelegraphirung von einer gewissen kleinen Zahl von Zeichen jedesmal das Controlzeichen zu geben sei. — Auch kam man überein, daß bei Telegraphirung von Depeschen ohne Ausnahme jedesmal die Depeschen-Nummer, die Zahl der zu telegraphirenden Worte, der etwa erhobene Gebührenbetrag und die Zeit des Abganges von der Station voranzustellen sei.

Zu Artikel 26.

Es wurde hervorgehoben, daß es an und für sich angemessen seyn würde, bei Erhebung der Gebühr nach der Entfernung nicht die Längen der von der Depesche zu durchlaufenden Linien, sondern den directen Abstand der Abgangs- von der Endstation zur Grundlage zu nehmen. — Man überzeugte sich aber, daß diese Erhebungsweise für jetzt noch zu vielfache Inconvenienzen, namentlich mit Rücksicht auf die Requisition, herbeiführen würde, und beschloß daher, dieselbe vorläufig nicht zu adoptiren.

Zu Artikel 39.

Um möglichste Gleichmäßigkeit in der Form der von jeder Verwaltung aufzustellenden Abrechnungen herbeizuführen, kam man überein, daß hierbei das am Schlusse beigefügte Formular Anwendung finden soll.

Zu Artikel 40.

Als Zeitpunkt des Zusammentrittes der nächsten deutschen Telegraphen-Conferenz wurde der 24. Juli 1851, und als Ort des Zusammentrittes Wien vorgeschlagen.

Zu Artikel 43.

Man kam überein, daß die Ratificationen des Vertrages im Correspondenzwege auszuwechseln seien.

Schließlich wird noch bemerkt, daß die königlich-sächsische Regierung den anwesenden Commisariaten ein Memorandum des hiesigen Stenographen Gustav Nießche über die Anwendung der Stenographie auf die Telegraphie zur näheren Prüfung vorgelegt hat. Man vereinigte sich in der Ansicht, daß, so sehr auch die in diesem Memorandum gemachten Vorschläge Anerkennung verdienen, und so wenig zu bezweifeln stehe, daß, wenn dieselben weiter ausgebildet würden, und wenn es möglich wäre, ein darnach aufgestelltes System in die Praxis einzuführen, hieraus sehr erspriessliche Resultate für die Schnelligkeit der Beförderung telegraphischer Depeschen erlangt werden könnten, es gleichwohl nicht angemessen erscheine, jenen Gegenstand bei den vorliegenden Verhandlungen weiter zu verfolgen, indem die getroffene Verabredung, wornach jeder Regierung die Anwendung beliebiger Systeme des Telegraphirens auf ihren Linien vorbehalten bleiben sollte, die Vereinbarung über ein gemeinsames System von vorneherein ausschließe.

Die Commissarien von Oesterreich, Preußen und Baiern behielten sich jedoch vor, daß in Rede stehende Promemoria zur Kenntniß ihrer respectiven hohen Regierungen zu bringen.

Nachdem die Commissarien sich noch dahin verständigt hatten, daß die nach dem gegenwärtigen Protokolle getroffenen Verabredungen mit den im Vertrage selbst enthaltenen Beschlüssen gleiche Giltigkeit haben sollen, wurde das Protokoll in vierfacher Ausfertigung von sämmtlichen Commissarien vollzogen.

G. w. o.

Carl Steinheil m. p., Fried. Wilh. Nottebohm m. p., Ludw. Freiherr v. Brück m. p.,
Carl Wolf v. Ehrenstein m. p., Hermann Richter m. p., Wilh. Wiebe m. p., Carl
Dyck m. p., Mag. Maria Freih. v. Weber m. p.

